

Warum der Armutsgefährdung Studierender mehr Beachtung geschenkt werden muss

Im Jahr 2021 waren mehr als ein Drittel (37,5%) aller Studierenden in Deutschland von Armut gefährdet, wie neueste Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen.

Von Armut gefährdete Studierende können praktisch keine unerwarteten, größeren Ausgaben bestreiten. Diese Herausforderung wird angesichts von Inflation und Energiekrise in Zukunft immer weitere Kreise ziehen. Bereits während der Corona-Pandemie wurden Studierende -die ohnehin in Jobs mit geringem Entgelt arbeiten- von Verdienstaufschlägen besonders hart getroffen. Hinzu kam (und kommt teilweise auch heute wieder), dass das Leben auf dem Campus -dem Nukleus einer jeden Universität- völlig zum Erliegen kam. Die multiplen Krisen treffen die Studierenden in einer Phase ihres Lebens, in der diese ohnehin unter finanziellem und organisatorischem Zugzwang stehen.

Allein mit einem durchschnittlichen BAföG-Fördersatz von 579 Euro (2021) war bereits in der Vergangenheit das Studium in kaum einer deutschen Universitätsstadt zu bestreiten. Die jüngste Erhöhung der BAföG-Bedarfssätze reicht dabei nicht einmal aus, um die aktuelle Inflationsrate auszugleichen. Das Leben der Studierenden wird angesichts der multiplen, sich überlagernden Krisen immer mehr zur Herausforderung. In der aktuellen Situation sind die Heizkostenzuschüsse und Einmalzahlungen, wie jüngst von der Bundesregierung am 18.11.2022 beschlossen, also zwar dringend notwendig, lindern allerdings nur die Symptome, anstatt die Probleme der Studierenden bei der Wurzel zu packen.

Unter der mangelhaften finanziellen Unterstützung Studierender leidet am Ende vor allem der Bildungserfolg der jungen Menschen. Denn Bildung im Studium geschieht nicht allein in der Vorlesung, sondern auch im Rahmen informeller Kontexte wie dem ehrenamtlichen Engagement in Studierendeninitiativen. Vor allem dieses ehrenamtliche Engagement Studierender in studentischen Initiativen rund um den Campus muss zurückstecken, wenn für die Studierenden die Finanzierung des eigenen Lebensunterhalts auf der Kippe steht. Mehr und mehr Studierendeninitiativen erleben, dass Engagierte und interessierte Kommiliton*Innen ihr Engagement zurückfahren müssen angesichts der immer neuen Herausforderungen, denen die Studierenden ausgesetzt sind. Langfristig besteht somit die Gefahr, dass das wertvolle ehrenamtliche Engagement Studierender zwischen Leistungs- und Finanzierungsdruck des Studiums aufgerieben wird.

Aus diesem Grund fordern wir als Verband Deutscher Studierendeninitiativen die Berücksichtigung des Engagements in Bezug auf die Vergabe von BAföG-Mitteln und eine Verlängerung des Förderungszeitraums bei nachzuweisendem ehrenamtlichem Engagement. Es darf nicht sein, dass Studierende in dieser prägenden Lebensphase finanziell daran gehindert sind, am formellen sowie informellen Lernen so aktiv wie möglich teilzuhaben; wir appellieren daher eindringlich an die Vertretenden aus Politik und Hochschulen, die strukturell notwendigen Bedingungen dafür zu schaffen.